

Indigene und Landrechte

Schwerpunkt:

Jaraguá ist Guarani!

von Tilia Götze



Projektbericht
Mai 2025



KoBra
Kooperation Brasilien

Dossier Indigene und Landrechte - Mai 2025

Schwerpunkt: Jaraguá ist Guarani!

Von Tilia Götze

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
1. Aktuelles	2
1.1. Proteste gegen Einschränkungen im Bildungssystem	2
1.2. Der Marco Temporal und Mendes' "Vorentwurf"	3
1.3. Acampamento Terra Livre und die COP 30	5
2. Schwerpunkt: Jaraguá ist Guarani!	8
2.1. Indigene Kämpfe im Interview mit Adriano Sampaio	9
2.2. Demarkierung – Jaraguá ist Guarani	12
3. Termine in Deutschland	14
4. Glossar	15

Titelbild: Romerito Pontes CC BY 2.0

Gefördert durch:

Brot
für die Welt

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Mit Mitteln des

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein KoBra – Kooperation Brasilien e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Indigene Vernetzungen in Brasilien befinden sich weiterhin im Kampf für ihre Rechte. Sie demonstrieren anhand von Straßenblockaden gegen Änderungen im Bildungssystem und Stichtagsregelung Marco Temporal. Seit Jahresanfang organisierten Indigene mehrtägige Straßenblockaden, um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Auch beim diesjährigen ATL „Acampamento Terra Livre“ (Freies Land-Camp) spielte der Protest gegen den sogenannten Marco Temporal eine große Rolle. Dazu gehörte auch die Forderung der Auflösung des Schlichtungsgremiums „Mesa de Consiliação“. Beim Camp in Brasília gab es noch andere Themen, wie die COP30, welche im November in Belém stattfindet.

Gute Nachrichten gibt es im Schwerpunkt dieses Dossiers: Das Indigene Territorium Jaraguá, im Norden São Paulos, wurde Anfang Mai nach jahrzehntelangen Kämpfen demarkiert. Adriano Sampaio, Umweltschützer und Permakulturrivist, spricht im Interview über die Besetzung des Satelliten auf dem Pico do Jaraguá, dem höchsten Berg São Paulos, und über Strategien der Indigenen im Kampf um ihr Land.

1. Aktuelles

1.1 Proteste gegen Einschränkungen im Bildungssystem

Im Januar protestierten indigene Gemeinschaften im Bundesstaat Pará gegen das Gesetz 10.820/2024, das Präsenzunterricht in der Sekundarstufe durch Online-Kurse ersetzen soll. Betroffen ist insbesondere das bisherige modulare Schulsystem (Somei), das Präsenzunterricht in abgelegenen Regionen wie indigenen Dörfern ermöglicht. Das Gesetz wurde im Dezember 2024 ohne vorherige und informierte Konsultation der indigenen Völker von Pará verabschiedet, die die ILO-Konvention Nr. 169 vorschreibt.

Indigene von 14 Ethnien aus der Region Baixo Tapajós, darunter Munduruku, Tembé, Xikrim, Borari, Arapium und weitere, besetzten das Bildungsministerium (Seduc) in Belém und blockierten die Autobahn BR-163 für 23 Tage. Sie forderten die Beibehaltung des modularen Schulsystems sowie die Entlassung des Bildungsministers Rossieli Soares.

Die Demonstrant*innen sehen im neuen Gesetz einen gezielten Angriff auf ihr Recht auf Bildung und Kultur. Amazonia Real erklärt, das Gesetz sei Teil einer Strategie zur Verdrängung der Indigenen aus ihren Territorien, denn sie müssen ihre Gemeinschaften verlassen, um Zugang zu Bildung zu bekommen. Dies geschehe im Kontext fortschreitender Landnahme durch Agrarindustrie und Bergbau¹.

Die Straßenblockade befand sich im Gebiet der Munduruku, bei Belterra und wurde bewusst dort gewählt. Die BR-163 verbindet Mato Grosso und Pará und wird vor allem für den Transport von Soja genutzt. Dieses wird in Mato Grosso angebaut und geerntet und anschließend zum Cargill-Hafen am Ufer des Tapajós-Flusses in Santarém gebracht. Der Ausbau der Transportinfrastruktur und die Ausweitung der Sojaplantagen führen zu Abholzung und bedrohen die indigenen Gebiete, unter anderem durch begünstigte Landnahme².

Die Besetzung des Bildungsministeriums in Pará wurde von der Regierung Helder Barbalhos mit Repression beantwortet: Strom und Wasser wurden abgestellt, der Zugang für Presse und Anwält*innen blockiert.

¹ <https://amazoniareal.com.br/fim-da-educacao-indigena-presencial-e-ato-de-esvaziar-territorios-no-para/>

² <https://www.brasildefato.com.br/2025/01/21/seduc-ocupada-e-rodovia-bloqueada-manifestacoes-indigenas-no-para-completam-sete-dias-sem-negociacao/>

Die Lehrer*innengewerkschaft ANDES-SN verurteilt den repressiven Umgang mit den Protestierenden und betont, dass das Gesetz Teil eines größeren Prozesses von Ethnozid und Bildungsungleichheit sei³. Auch die Gewerkschaft der Beschäftigten im öffentlichen Bildungswesen des Bundesstaates Pará (Sintep), Aktivist*innen der Bewegung Tapajós Vivo, der Bewegung für Volkssouveränität im Bergbau (MAM), der Wächter des guten Lebens, der Bewegung der Fischer und Fischerinnen (MPP), Maparajuba – Anwält*innen für Basisgruppen und den NROs Fase und Terra de Direitos unterstützen die Proteste.

Indigene Stimmen wie Alessandra Korap Munduruku und Kauacy Wajäpi machten deutlich: Bildung sei nicht nur ein Grundrecht, sondern ein zentraler Teil ihrer kulturellen Selbstbestimmung.

Am 5. Februar 2025 unterzeichnete Gouverneur Helder Barbalho eine Verpflichtungserklärung, die die Rücknahme des umstrittenen Gesetzes 10.820/2024 vorsieht. Die Entlassung des Bildungsministers Soares wurde von Barbalho mündlich zugesichert, stand jedoch nicht in der Verpflichtungserklärung⁴.

1.2 Der Marco Temporal und Mendes' "Vorentwurf"

Der Gesetzesvorschlag PL 191, bekannt als Stichtagsregelung „Marco Temporal“ kam 2020 von der Bolsonaro-Regierung und dreht sich um die wirtschaftliche Nutzbarkeit von Indigenen Territorien für Unternehmen⁵. Es geht dabei um die Beweispflicht einer Siedlung auf beanspruchtem Territorium zur Zeit der Verfassungslegung. Durch die Stichtagsregelung können indigene Landansprüche aberkannt werden, so die Befürchtung. Auch die Vorgängerregierung unter Michel Temer machte 2018 ähnliche Vorschläge. Nach scharfer Kritik und zahlreichen Protesten seitens indigener Organisationen und des MPF (Ministério Público Federal) lehnte die Regierung Lula das Gesetzesvorhaben 2023 ab. Teile des Vorhabens wurden vom MPF als verfassungswidrig eingestuft. Damit war das Thema der Stichtagsregelung jedoch nicht vom Tisch, denn wenige Tage später verabschiedete der Kongress das Gesetz, jetzt unter der Nummer 14.701. Damit ist Voraussetzung für die Demarkierung eines Indigenen-Gebiets, dass die dort lebende Gemeinschaft ihre dortige Anwesenheit zum Zeitpunkt der Verfassung am 05.10.1988 beweisen muss. Mitte 2024 wurde vom Obersten Gerichtshof STF (Supremo Tribunal Federal) ein sogenannter „Schlichtungstisch“ ins Leben gerufen, der zur Vermittlung zwischen Indigenen und Regierung dienen sollte. Im August 2024 trat die Indigenen-Dachorganisation APIB aus dem Gremium aus, mit der Positionierung, dass ihre Rechte nicht verhandelbar sind. Sie kritisierten, dass der Richter Gilmar Mendes ihre Beschwerden nicht behandelte und nicht zum Thema im Schlichtungstisch machte.

Befürwörter*innen des Gesetzes sind meist Unternehmer*innen aus der industriellen Landwirtschaft, der Holzindustrie, des Goldschürfens und des Bergbaus. Seit Mitte des 20. Jahrhundert breiten sich diese Aktivitäten rasant aus⁶. Dementsprechend wachsen auch die Landkonflikte und die Wirtschaftsfraktion in der Regierung ist breit. Dazu gehört zum Beispiel Nunes Marques, Minister des Bundesgerichtshofs (STF) und des Obersten Wahlgerichts (TSE). Er befürchtet, ohne den Marco Temporal könnte es zu einer „unbegrenzten Expansion“ in Gebiete kommen, „die bereits in den Immobilienmarkt des Landes integriert sind“. Auch die nationale Souveränität und Unabhängigkeit des Landes ist laut Marques ohne die Stichtagsregelung gefährdet. Er ist der Meinung, „traditioneller Besitz sollte nicht mit altertümlichem Besitz verwechselt werden“. „Eine Theorie, die die Grenzen von Land auf einen permanenten Prozess der Wiedererlangung des Besitzes aufgrund von Enteignungen durch

³ <https://www.andes.org.br/conteudos/noticia/aANDES-sN-manifesta-solidariedade-a-luta-dos-povos-indigenas-do-para-e-piaui-por-educacao1/page:3/sort:Conteudo.created/direction:DESC>

⁴ <https://amazoniareal.com.br/revogacao-da-lei-10820/>

⁵ Mehr Infos sind in unseren früheren Dossiers zu Indigenen und Landrechten zu finden:

<https://www.kooperation-brasilien.org/de/publikationen/dossiers/indigene-und-landrechte-1>

⁶ <https://brasilecola.uol.com.br/brasil/demarcacao-terras-indigenas-no-brasil.htm#Conflitos+pela+demarca%C3%A7%C3%A3o+de+terras+ind%C3%ADgenas+no+Brasil+>

die Vorfahren festlegt, eröffnet natürlich Raum für Konflikte aller Art, ohne Aussicht auf Befriedung“, so der Minister. Er kritisierte außerdem eine von der FUNAI beantragte Erweiterung eines Indigenen Territorium in Santa Catarina. Die Erweiterung überschneide sich nämlich mit einem Umweltschutzgebiet⁷.



Foto: Demonstration der Munduruku, Guaraní und Kaiowá vor dem Obersten Gerichtshof (STF), gegen den sog. „Schlichtungstisch“ und des Gesetz 14.701/2023 am 15.04.2025. Von CIMI, Lizenz CC BY-NC- 2.0.

Im Obersten Gerichtshof (STF) wird das Vorhaben im Rahmen des Schlichtungstisches also weiter diskutiert. Auf Beschluss des Richters Mendes hat das MPF hier kein Mitspracherecht und darf die Sitzungen lediglich mitverfolgen⁸. Anfang Februar erhielt der STF sieben Vorschläge zur Änderung des Gesetzes des Marco Temporal, unter anderem von der Indigenen-Behörde FUNAI und der Abgeordneten Célia Xakriabá. Daraufhin legte der Richter Gilmar Mendes einen neuen „Vorentwurf“ vor, der angeblich auf diesen sieben Vorschlägen beruht. Tatsächlich enthält der „Vorentwurf“ jedoch Abschnitte aus Vorhaben der Temer- und der Bolsonaro-Regierung. Das Investigativ-Nachrichtenportal Agência Pública fand in einer Untersuchung heraus, dass in mindestens 20 der 94 Artikel des Vorentwurfs wörtliche Abschriften oder Anpassungen der vorherigen Vorhaben zu finden sind. Sie betreffen unter anderem das Verfahren zur Konsultation indigener Gemeinschaften, die Genehmigung von Bergbaustudien – selbst dann, wenn die betroffenen Gemeinschaften den Zugang zu ihrem Gebiet verweigern –, die Festlegung der Rolle des Kongresses bei der Bewilligung von Forschungs- und Bergbauvorhaben sowie die Einrichtung eines 'Treuhänders'. Dieser soll die Verwendung der Mittel überwachen, die aus der Beteiligung indigener Gemeinschaften an den Gewinnen aus dem Rohstoffabbau entstehen. Darüber hinaus geht es um die Berechnung von Entschädigungen und weitere Maßnahmen⁹. Unter anderem beinhaltet der Vorschlag, dass das Ministerium für Justiz und öffentliche Sicherheit in Fällen, in denen „die absolute Unmöglichkeit einer Demarkierung nachgewiesen wird“ und „zur Wahrung des sozialen Friedens“, indigene Gemeinschaften entschädigen

⁷ <https://www.cnnbrasil.com.br/politica/quais-sao-os-argumentos-contra-e-a-favor-do-marco-temporal/>

⁸ <https://apublica.org/2025/02/anteprojeto-do-stf-copia-planos-de-temer-e-bolsonaro-para-mineracao-em-terras-indigenas/>

⁹ <https://apublica.org/2025/02/proposta-de-gilmar-mendes-pode-remover-indigenas-sob-justificativa-de-paz-social/>

kann, indem es ihnen „gleichwertiges Land wie das traditionell besetzte“ zuweist¹⁰. Dafür wäre auch der Einsatz der Militärpolizei eine Möglichkeit. Die Verfassung verbietet jedoch die Vertreibung Indigener von ihrem Land, außer im Falle einer Katastrophe, einer Epidemie oder im Interesse der Souveränität des Landes (z. B. bei Kriegen), und zwar auf Beschluss des Nationalkongresses. Ebenso bleibt unklar, wie „sozialer Frieden“ definiert wird, und für wen.

Laut dem Juristen Maurício Guetta untergräbt der Vorschlag die Logik der Verfassung, da diese indigene Territorien als unentbehrlich für das Leben, die Kultur und die Traditionen indigener Gemeinschaften definiert. Die Verfassung erkennt an, dass Indigene nicht nur durch psychische Umweltmerkmale, sondern auch durch Geschichte, Kosmologie, Tradition und Kultur mit ihren Gebieten verbunden sind. "Das Konzept des gleichwertigen Landes missachtet die einzigartige Verbindung, die indigene Völker mit ihren Gebieten eingehen. Es gibt eine strukturelle Schwierigkeit für den Staat, dies zu verstehen. So etwas wie gleichwertiges Land gibt es nicht", sagt Luis Ventura, Exekutivsekretär des Indigenen Missionsrates (CIMI). Verá Yapuá, Anwältin der Comissão Guarani Yvyrupa (CGY), zieht hier Parallelen zum Vorgehen der FUNAI-Vorgängerorganisation SPI „Servico de Protecao ao Índio“ (dt. Dienst zum Schutz der Indios). Der SPI tötete tausende Indigene und ist für systematische Folter, sexuellen Missbrauch, Landraub und Sklaverei verantwortlich¹¹. Unter anderem siedelte der SPI verschiedene Indigene Ethnien in demselben Gebiet an und darin sieht Yapuá große Ähnlichkeiten.

Gleichzeitig hebt der Vorschlag von Mendes die Regelung vom Stichtag am 05.10.1988 auf. Dies verärgert wiederum die Fraktion der Agrarindustrie in der Regierung. Für sie ist der Stichtag obligatorische Voraussetzung für sämtliche Verhandlungen.

Die Verhandlungen zum „Vorentwurf“ wurden im Februar vorerst von Mendes auf Eis gelegt, im Mai 2025 wurden sie wieder aufgenommen, bisher ohne Einigungen¹².

1.3 Acampamento Terra Livre und die COP 30

Das Acampamento Terra Livre (ATL) fand in diesem Jahr zum 21. Mal vom 5. bis 11. April 2025 unter dem Motto „Wir sind die Antwort“ in Brasília statt. Es ist das größte indigene Protestcamp für freies Land und wird von der Indigenen-Dachorganisation APIB gemeinsam mit ihren regionalen Zusammenschlüssen organisiert (u. a. Apoinme, ArpinSudeste, ArpinSul, Aty Guasu, Conselho Terena, Coaib und Comissão Guarani Yvyrupa).

Unter den mehr als 7.000 Teilnehmenden waren indigene Repräsentant*innen aus den acht Ländern des Amazonasbeckens, aus Australien und Fidschi sowie Vertreter*innen der Globalen Allianz der territorialen Gemeinschaften (GATC), die indigene und lokale Gemeinschaften aus 24 Ländern vertritt¹³. Das Motto „Wir sind die Antwort“ bezieht sich auf eine gleichnamige Kampagne, die die zentrale Rolle indigener Gemeinschaften im Kampf gegen die Klimakrise hervorhebt.

Im Zentrum der Diskussionen standen das Gesetz des Marco Temporal, die Abschaffung des sogenannten „Schlichtungstisches“ sowie die Vorbereitung auf die COP30, die im November 2025 in Belém stattfinden wird. Auf dem Camp wurde eine Internationale Indigenen-Kommission gegründet, die für eine möglichst starke indigene Beteiligung an den UN-Klimaverhandlungen sorgen soll¹⁴. Da die

¹⁰ <https://apublica.org/2025/02/proposta-de-gilmar-mendes-pode-remover-indigenas-sob-justificativa-de-paz-social/>

¹¹ <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/zeitzeichen/zeitzeichen-massaker-indigene-brasilien-100.html>

¹² <https://www.brasildefato.com.br/2025/05/12/sem-citar-provas-gilmar-mendes-critica-ongs-na-retomada-das-audiencias-de-conciliacao-sobre-marco-temporal/>

¹³ <https://apiboficial.org/2025/04/10/apib-launches-indigenous-ndc-and-international-commission-for-cop-30/?lang=en>

¹⁴ <https://apiboficial.org/2025/04/05/we-are-all-apib-in-defense-of-the-constitution-and-life-is-the-theme-of-atl-2025/?lang=en>

Teilhabe an den offiziellen Verhandlungen den nationalen Regierungen vorbehalten ist, fordern indigene Vertreter*innen einen Ko-Vorsitz und wollen als Beratungsgremium für die COP30-Präsidentschaft des Botschafters André Corrêa do Lago fungieren.

Die Kommission soll dafür sorgen, dass indigene Völker sowohl Zugang zum Hauptverhandlungsraum der COP erhalten als auch direkt mit den Verhandlungsführer*innen zusammenarbeiten können. Die Organisation APIB setzt sich dafür ein, dass 1.000 Akkreditierungen für indigene Vertreter*innen aus der ganzen Welt ausgestellt werden, um ihre Beteiligung an den Verhandlungen zu sichern.

Neben APIB gehören der Kommission die brasilianischen Verbände COIAB (Koordination der indigenen Organisationen des brasilianischen Amazonasgebiets) und ANMIGA (Nationale Vereinigung indigener Frauen) sowie internationale Zusammenschlüsse wie das G9 des indigenen Amazonasgebiets (in dem Vertreter*innen der neun Amazonasländer zusammengeschlossen sind), die GATC (mit Mitgliedern aus Amerika, Indonesien und Zentralafrika) und das Ständige Forum der Vereinten Nationen für indigene Angelegenheiten an.



Foto: "ATL 2025: marcha "A Resposta Somos Nós"" von Cimi - Conselho Indigenista Missionário, Lizenz CC BY-NC-ND 2.0.

Ein zentrales Anliegen der indigenen Bewegung ist die Demarkierung ihrer Gebiete als klimapolitische Maßnahme. Sie sehen darin eine Voraussetzung für den Schutz von Biodiversität, Wäldern, Flüssen und Meeren.

Laut einer Studie von APIB ist die Entwaldungsrate in nicht demarkierten Gebieten mit 0,2 % pro Jahr höher als in regulierten Gebieten (0,05 %), was den Handlungsbedarf unterstreicht¹⁵. Studien des Embrapa zeigen zudem, dass die Eigenschaften bestimmter Böden im Amazonasgebiet durch prähistorische Aktivitäten von Indigenen so verändert wurde, dass dieser nährstoffreicher ist, als nicht bearbeiteter Boden. Dieses wird auch „Schwarzes Indigenes Land“ genannt¹⁶.

Gefordert wird, dass Schutz und Demarkation indigener Territorien als Teil nationaler Klimapolitik anerkannt und in die NDCs (Nationally Determined Contributions) der Länder aufgenommen werden.

¹⁵ <https://apublica.org/2025/04/atl-lanca-comissao-indigena-internacional-para-influenciar-negociacoes-da-cop30/>

¹⁶ <https://www.embrapa.br/busca-de-noticias/-/noticia/84352074/terra-preta-de-indio-ajuda-a-confirmar-presenca-humana-na-amazonia-desde-a-antiguidade>

Zwar erwähnt das brasilianische NDC bereits die Beschleunigung der Landregulierung und den Schutz indigener Gebiete, jedoch fehlt ein konkretes, messbares Ziel zur Demarkierung¹⁷.

Die Ankündigung der Indigenen-Kommission zur COP 30 war ein wichtiger Schritt – dennoch sind indigene Gemeinschaften weiterhin mit Gewalt und Repression konfrontiert. Am 10. April betreten Demonstrierende im Rahmen des ATL den Rasen vor dem Nationalkongress, sangen, führten Rituale durch und beteten, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Die Polizei reagierte mit Tränengas sowie Licht- und Schallbomben. Mehrere Personen wurden bewusstlos, erlitten Atemnot und mussten medizinisch versorgt werden. Der Indigenen-Missionsrat CIMI sprach von einer „Falle“ und verurteilte das brutale Vorgehen der Polizei¹⁸.

In einer Stellungnahme erklärte APIB: „Wir haben Beweise dafür, dass die Taten in einen Kontext weit verbreiteter institutioneller Gewalt gegen indigene Völker eingebettet sind.“ Bei einem Vorbereitungstreffen zum Protestmarsch habe ein nicht identifizierter Teilnehmer aus dem Sicherheitssekretariat des Bundesdistrikts (SSP-DF) eine rassistische und gewaltverherrlichende Aussage gemacht: „Lasst [sie] runterkommen... lasst sie runter und schlägt sie, wenn sie Unordnung machen.“ APIB besitzt eine Aufnahme dieser Aussage. In ihrer Erklärung betont die Organisation den friedlichen Charakter der Demonstrationen und ihr Ziel eines respektvollen Dialogs mit der Regierung. Vertreter*innen des CIMI fordern eine unabhängige Untersuchung der Polizeigewalt.



Foto: "ATL 2025: marcha "A Resposta Somos Nós" von Cimi - Conselho Indigenista Missionário, Lizenz CC BY-NC-ND 2.0.

¹⁷ <https://apublica.org/2025/04/atl-lanca-comissao-indigena-internacional-para-influenciar-negociacoes-da-cop30/>

¹⁸ <https://cimi.org.br/2025/04/nota-cimi-repressao-policial-atl/>

2. Schwerpunkt: Jaraguá ist Guarani!

Jaraguá liegt im Norden der Stadt São Paulo und dort leben die Guarani Mbya seit Jahrzehnten. Momentan befinden sich dort die acht „Aldeias“ (Indigenen-Dörfer) Pyau, Itakupe, Yvy Porã, Ita Endy, Ita Vera, Ytu und Pindo Mirĩ, in denen ca. 666 Personen leben¹⁹. Tatsächlich zeigen Berichte, dass dort vor der Kolonisierung Indigene gelebt haben. In den 1960er Jahren siedelten sich dort wieder Familien an, die aus dem Dorf Rio Branco, in Itanhaém, an der Südküste des Bundesstaates São Paulo kamen. Seitdem kamen immer mehr Familien dazu und sie sind im ständigen Konflikt um die rechtmäßige Anerkennung des Landes im Sinne der Demarkierung, mit der städtischen und der Bundesregierung²⁰.

Bis hin zur Demarkierung eines Indigenen-Gebiets müssen verschiedene Schritte durchgeführt werden: Zuerst wird das Gebiet durch ein Team der Indigenen-Behörde FUNAI identifiziert und abgegrenzt. Diese schickt im Anschluss einen Bericht über die Feststellungen an das Ministerium für Justiz und öffentliche Sicherheit, welches den Bericht evaluiert und gegebenenfalls einen Anerkennungsbeschluss erlässt. Liegt ein solcher Beschluss vor, beginnt die FUNAI mit der physischen Abgrenzung des Gebiets durch Landmarken wie Tafeln. Dann prüft das Ministerium das Verfahren erneut und übergibt es an die brasilianische Präsidentschaft. Im fünften und letzten Schritt macht der/die Präsident*in die Eintragung beim öffentlichen Sekretariat der Union (sPu) und im Grundbuchamt. Damit ist die Demarkierung abgeschlossen und die entsprechende Indigene Gemeinschaft hat das alleinige Nutzungsrecht für das Land²¹.



Foto: Demonstration der Guarani in São Pauli gegen den Marco Temporal und für Demarkierung am 30.08.2017. Von Eduardo Figueiro / Midia NINJA, Lizenz CC BY-NC-SA 2.0.

¹⁹ <https://cpisp.org.br/jaragua/>

²⁰ <https://www.terrasindigenas.org.br/pt-br/noticia/2782>

²¹ https://br.boell.org/sites/default/files/2025-04/atlas-da-amazonia-brasileira_0.pdf, S.26

2.1 Indigene Kämpfe im Interview mit Adriano Sampaio

Adriano lebt in der Nähe von Jaraguá und arbeitet mit den Guarani zusammen an der Renaturierung der Wasserläufe im Indigenen-Gebiet. Im Juni 2024 erzählt er bei einem Besuch vor Ort im Interview von den Kämpfen um Land und den Strategien der Indigenen:

T: Wie beginnt die Geschichte der Guarani in Jaraguá?

A: Der Pico do Jaraguá war einer der ersten Orte, die kolonisiert wurden, als Portugal eingefallen ist. Hier war der erste Ort, an dem nach Gold gegraben wurde. Die ersten, die hier versklavt wurden, waren die indigenen Völker, die hier lebten. Das waren verschiedene Ethnien. Einige blieben um zu kämpfen, einige wurden versklavt und viele sind geflohen. 1961 ist Dona Gegira, die Guarani ist, mit ihrer Familie hierher zurückgekehrt. Sie haben ihre Dörfer um den Berg herum wieder aufgebaut.

T: Welche Kämpfe um Land hast du mitbekommen?

A: Seit meiner Ankunft hier habe ich an vielen Kämpfen teilgenommen. In den Jahren 2014 und 2015 wurden die Quellen und archäologischen Stätten in diesem Gebiet von der Stadt offiziell registriert. Anschließend wurde in gemeinsamer Arbeit dieses Gebiet – die Aldeia Itakupe – aufgebaut. Daran waren sowohl die Guarani als auch viele Menschen von außerhalb beteiligt, die zum Austausch und gemeinsamen Lernen gekommen sind.

Im Jahr 2015 wurde ein Beschluss erlassen, der vorsah, dass die Indigenen das Gebiet verlassen müssen. Daraufhin haben wir alle verfügbaren Mittel genutzt, um die Guarani zu unterstützen und dagegen vorzugehen. Es fand ein Treffen mit über 200 Menschen in der Aldeia statt, darunter auch Journalist*innen aus der ganzen Welt. Sie fotografierten die Schilder mit der Aufschrift „Jaraguá é Guarani, Demarcação já“ [dt.: Jaraguá ist Guarani, Demarkierung jetzt] und verbreiteten die Bilder in den sozialen Medien. So wurde das Anliegen der Guarani weithin bekannt, was den Kampf um die Demarkation entscheidend voranbrachte und zum ersten Schritt der Demarkierung führte.

Nach dem Erfolg 2015 entzog der städtische Justizminister 2017 den Anerkennungsbeschluss. Daraufhin organisierten sich die Guarani und luden indigene Vertreter*innen aus ganz Brasilien ein, um sie im Kampf zu unterstützen – darunter Tupi Guarai, Krenak, Tupinambá, Pataxó und Kaingang.

Der Plan war, den staatlichen Park zu besetzen und die Antennen auf dem heiligen Berg Pico do Jaraguá abzuschalten. Etwa 300 Indigene beteiligten sich daran.

Noch vor Sonnenaufgang stiegen sie durch den Wald hinauf, obwohl dieser von bewaffneten Wachleuten kontrolliert wird. Doch als diese die Indigenen mit ihren Bemalungen, Pfeilen und Kriegsschreien sahen, flohen sie. Am Fuße der Antenne steht ein Gebäude mit drei Stockwerken, in dem jede Etage für ein anderes Signal – Fernsehen oder Mobilfunk – zuständig ist. Sie besetzten das Gebäude und hofften, dass die Regierung reagieren würde. Die Techniker*innen, die vor Ort waren, baten sie, das Gelände zu verlassen. Trotzdem behauptete die Polizei später, die Guarani hätten Menschen entführt. In Wirklichkeit hatten einige Angst vor den Indigenen und schlossen sich ein – aus reiner Furcht. Doch die Indigenen sind nicht gewalttätig.

Die Polizei wartete am Fuß des Berges und es begannen Verhandlungen mit der städtischen Regierung und den Sicherheitskräften. Doch von staatlicher Seite kam niemand. Also schalteten sie das Signal ab und legten alles still. Über eine Million Menschen in der Stadt hatten plötzlich kein Fernsehen und kein Handysignal mehr.

Sie blieben drei Tage dort oben. Viele Menschen unterstützten sie und brachten Essen. Die Polizei ließ sie durch, denn das Gebiet war inzwischen von den Indigenen kontrolliert. Es gab einige, die darauf brannten, sich mit der Polizei anzulegen. Schließlich schickte der Gouverneur von São Paulo Vertreter*innen – aus den Bereichen Sicherheit und Umwelt.



Am Ende verließen sie den Ort friedlich. Sie zerstörten nichts, sie haben nur Geräte abgeschaltet. Es wurde ein Abkommen geschlossen: Die Indigenen unterzeichneten es gemeinsam mit dem Sicherheitsbüro. Darin wurde zugesichert, dass niemand, der an der Aktion beteiligt war kriminalisiert wird. So mussten sie nicht befürchten, als Terrorist*innen ins Gefängnis zu kommen. Dabei war die Aktion aus ihrer Sicht kein Terrorismus – sie haben niemandem etwas angetan.



Beide Fotos: 15.09.2017 Romerito Pontes, CC BY 2.0

T: Wie ging es weiter mit der Demarkierung?

A: Die Aktion bekam viel Aufmerksamkeit in den Medien, auch International. So durften die Indigenen bleiben und die FUNAI begann, das Land mit Tafeln abzugrenzen. Nur der letzte Schritt, die Unterschrift der Präsidentschaft, fehlte. Zu der Zeit wurde Dilma Rousseff, von der PT, ihres Amtes enthoben und Temer wurde Präsident. Weder er noch Bolsonaro demarkierten auch nur ein einziges Indigenen-Gebiet während ihrer Amtszeit. Deshalb zieht dich der Prozess so in die Länge, eigentlich hätte die Demarkation längst passieren sollen.

T: Was ändert sich für die Indigenen durch die Demarkierung?

A: Sobald das Gebiet offiziell demarkiert ist, haben die Guaraní Anspruch auf staatliche Unterstützung. Bisher bekommen sie nicht einmal Zugang zu städtischem Wasser. Deshalb holen sie ihr Wasser aus der Quelle hier vor Ort. Sie haben auch kein Recht auf Strom, den beziehen sie über improvisierte Leitungen von der Straße – das nennt man „gato“.

Durch wirtschaftliche Aktivitäten wie Goldwäsche wurde die Umwelt zerstört und der Bach trocknete aus, sodass die Indigenen nicht mehr vom traditionellen Fischfang leben können. Leute aus der Stadt laden ihren Müll im Gebiet ab, teilweise sogar direkt vor dem Dorf. Auch Hunde, die die Stadtbevölkerung nicht mehr will, bringen sie an den Stadtrand und damit ins Indigenen-Gebiet. Diese bleiben dort, vermehren sich und können gefährlich für die Menschen werden.

Mit der Demarkation mussten auch die derzeitigen Besitzer*innen von Häusern in der Umgebung das Gebiet verlassen. Sie wurden seit sie hier leben wiederholt von gewaltsamen Gruppen angegriffen, die von Landbesitzer*innen im Umkreis oder der Immobilienlobby geschickt wurden. Viele Menschen, die hier in der Nähe wohnen, haben starke Vorurteile gegenüber den Indigenen. Am Anfang habe ich oft mit Anwohner*innen diskutiert. Sie kennen die Lebensrealität der Indigenen nicht und verstehen nicht, wie wichtig sie für uns alle sind.

Weltweit machen Indigene nur etwa 5 % der Bevölkerung aus, aber sie schützen rund 80 % der globalen Biodiversität. Ich bin überzeugt: Wenn unser Planet eines Tages kollabiert, werden die Indigenen diejenigen sein, die überleben. Sie wissen, wie man im Wald lebt und wie man seine eigenen Lebensmittel anbaut.

T: Wie ist die Beziehung der Indigenen zum Land anders, als in westlichen Gesellschaften?

A: Indigene haben eine ganz andere Sicht auf die Welt und setzen andere Prioritäten. Für sie zählt nicht, was sie in ihrem Haus besitzen, sondern wie es der Natur in ihrem Gebiet geht. Wenn ein Fluss verschmutzt oder vergiftet wird, sind sie die Ersten, die sich darum kümmern.

Für sie ist das Wasser der Erde wie die Adern in unserem Körper – lebenswichtig. Eigentlich sollten wir alle aufmerksam werden, wenn der Fluss in unserer Nähe verschmutzt ist. Aber viele Menschen nehmen das gar nicht wahr. Wir leben in einem System, das uns passiv hält – vor dem Fernseher, vor dem Bildschirm – damit wir nicht merken, was draußen in der Welt passiert.

Bei den Indigenen wird alles geteilt: Lebensmittel, die geerntet werden, genauso wie Freude und Sorge. Wenn jemand krank ist, kümmert sich die ganze Gemeinschaft. Auch Kinder sind niemals allein – in der *Aldeia* tragen alle Verantwortung für sie.

Die Ältesten sind die wichtigsten Menschen in der Gemeinschaft. Sie genießen den größten Respekt, denn sie bewahren das Wissen und die Weisheit der Gemeinschaft.

2.2 Demarkierung – Jaraguá ist Guaraní

In Jaraguá wurde erstmals 1987 ein Gebiet von 1,7 Hektar als Indigenes Territorium anerkannt. Es war das kleinste Indigenen-Gebiet ganz Brasiliens und umfasst bei weitem nicht das ganze Land, welches die Guaraní bewohnten und pflegten. 2013 erweiterte die FUNAI die Anerkennung und 2015 dehnte sie das Gebiet schließlich auf 532 Hektar aus und es kam zu einem ersten Abkommen zwischen den Guaraní und der Bundesregierung. Grundlage war ein Nachweis der traditionellen Besiedlung und der Bedeutung der Region für die Aufrechterhaltung des Nhandereko, der Lebensweise der Guaraní²². Damals kam es jedoch nicht zum letzten Schritt der Demarkierung, denn 2017 wurden das Abkommen und die Abgrenzung des Landes von der Regierung annulliert²³. Nach Angaben des Anthropologen Daniel Pierri, Berater der Guaraní Yvyrupa Kommission (CGY), handelt es sich dabei um den einzigen bekannten Fall einer sogenannten „Entgrenzungsverordnung“ im ganzen Land. „Der damalige Justizminister hat das laufende Verwaltungsverfahren einfach gestoppt – ohne Begründung und ohne die nötigen rechtlichen Schritte einzuhalten. Es war ein willkürlicher, politisch motivierter Erlass, der den Beschluss von 2015 außer Kraft setzte“, so Pierri²⁴. Dies führte zu der Satelliten-Besetzung, die Adriano Sampaio im Interview beschreibt.

Ein Streitpunkt um die Demarkierung zwischen den Guaraní und der Stadt São Paulo war stets die Überschneidung des Indigenen Territoriums mit dem Staatspark Jaraguá um 308 Hektar, also 58 Prozent des Gebiets. Eine Argumentation seitens der Regierung war die Sorge um die Erhaltung der Natur im Staatspark. Für die Wissenschaftlerin und Menschenrechtsberaterin Claudine Melo zeigt dieses Argument, dass die Regierung die Beziehung der Indigenen zum Land nicht verstehe²⁵. Wie oben beschreiben zeigen viele Quellen, dass Indigenes und besonders demarkiertes Land besser erhalten und geschützt ist, als jedes andere Land. Adriano Sampaio vermutet außerdem, dass die Immobilien-Lobby in São Paulo die Haltung der Stadt gegenüber Indigenem Land beeinflusst und Druck ausübt.

Die Guaraní setzten sich weiterhin organisiert für die Demarkierung ein und sieben Jahre später, im Oktober 2024, erreichten sie den nächsten Schritt. Das Ministerium für Justiz und öffentliche Sicherheit unter Justizminister Lewandowski erkannte sieben Indigene Territorien im Bundesstaat São Paulo an, sodass bei allen sieben nur die Unterschrift durch den Präsidenten fehlte. Eines davon ist Jaraguá²⁶.

Als erstes der sieben Territorien unterzeichnete die brasilianische Präsidentschaft die Demarkierung Jaraguás schließlich Anfang Mai 2025. Das 532 Hektar große Gebiet entspricht 760 Fußballfeldern. Das Abkommen von 2015 wurde wieder aufgegriffen, was bedeutet, dass die Bundesregierung sich dazu verpflichtet, bestehende Wohnhäuser indigener Gemeinschaften zu verbessern und das indigene Land Jaraguá zurückzugeben. Nicht-indigene Eindringlinge werden von der Regierung aus dem Gebiet entfernt und mit dieser Räumung wird den Indigenen das dauerhafte Besitzrecht und das ausschließliche Nutzungsrecht an ihrem Land zugesichert – Rechte, die in Artikel 231 der brasilianischen Verfassung verankert sind²⁷. Aufgrund der Überschneidungen mit dem Staatspark wurde zudem ein Abkommen zwischen den Guaraní, der Stadtverwaltung von São Paulo und der Forststiftung zur Verwaltung des Parks (PES) geschlossen. Es regelt die gemeinsame Bewirtschaftung der überlappenden Flächen, die nachhaltige Nutzung der Ressourcen, ein Jagdverbot sowie die Genehmigung zur Nutzung des Wassers zur Versorgung der *Aldeias*. Darüber hinaus garantiert es die

²² <https://www.socioambiental.org/noticias-socioambientais/apos-37-anos-guarani-celebram-demarcacao-da-terra-indigena-jaragua-sp>

²³ <https://g1.globo.com/sao-paulo/noticia/ministerio-da-justica-anula-reserva-indigena-do-pico-do-jaragua.ghtm>

²⁴ <https://www.socioambiental.org/noticias-socioambientais/saiba-quais-sao-e-onde-ficam-sete-terras-indigenas-declaradas-ao-povo-2024>

²⁵ <https://www.brasildedireitos.org.br/atualidades/a-luta-dos-ndios-guarani-no-pico-do-jaragu/>

²⁶ <https://www.yvyrupa.org.br/2024/10/23/demarcayvyrupa-povo-guarani-celebra-a-declaracao-de-sete-terras-indigenas/>

²⁷ <https://www.gov.br/povosindigenas/pt-br/assuntos/noticias/2025/05/povo-guarani-celebra-acordo-inedito-que-viabilizou-o-avanco-do-processo-demarcatorio-da-ti-jaragua-em-sao-paulo>

Bewegungsfreiheit der Indigenen im Gebiet und sieht die Fortführung der Ausbildung von indigenen Waldwächter*innen und Feuerwehrleuten vor.

Am 8. Mai wurde die Demarkierung des Territoriums mit einer Zeremonie in der Aldeia Tekoa Pyau gefeiert. Anwesend waren indigene Führungspersonlichkeiten aus dem Territorium Jaraguá sowie Vertreter*innen weiterer Guaraní-Gemeinschaften aus dem Litoral Norte von São Paulo und aus Paraná. Auch Vertreter*innen verschiedener Bundes- und Landesbehörden nahmen teil – darunter die Ministerin für indigene Völker, Sônia Guajajara, sowie Repräsentant*innen der Behörde für indigene Angelegenheiten (FUNAI), der Bundesstaatsanwaltschaft (MPF), der Generalstaatsanwaltschaft (AGU) und des Bundesgerichts TRF.

Ministerin Sônia Guajajara betonte, dass Bund, Länder und Kommunen gemeinsam Verantwortung dafür tragen, den indigenen Völkern ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Sie hob hervor, dass die Demarkierung des indigenen Gebiets Jaraguá nur durch einen Nachweis, dass Guaraní hier traditionell schon vor Jahrhunderten lebten, möglich war. „Die Tatsache, dass wir uns in einer großen Metropole befinden, löscht diese Erinnerung nicht aus und nimmt uns nicht das Recht auf dieses Land. Indigene Völker sind Teil dieses städtischen Raums, den die Stadt São Paulo darstellt, und ihre Rechte werden auch hier weiterhin geschützt“, erklärte sie²⁸.

Die junge indigene Kommunikatorin Samara Pará Mirim betonte, wie wichtig es ist, die Grundlagen für eine sichere und lebenswerte Zukunft der Guaraní zu schaffen. Der Einsatz für ihre Rechte sei ein gemeinschaftliches Anliegen, das über die Bedürfnisse der heutigen Generation hinausweise – es gehe darum, auch kommenden Generationen dauerhaft Raum und Perspektiven zu sichern²⁹. An den Positionierungen der Indigenen auf der Feier wird deutlich, dass indigene Kämpfe nicht zu Ende sind, wenn eine Demarkierung erreicht wurde.

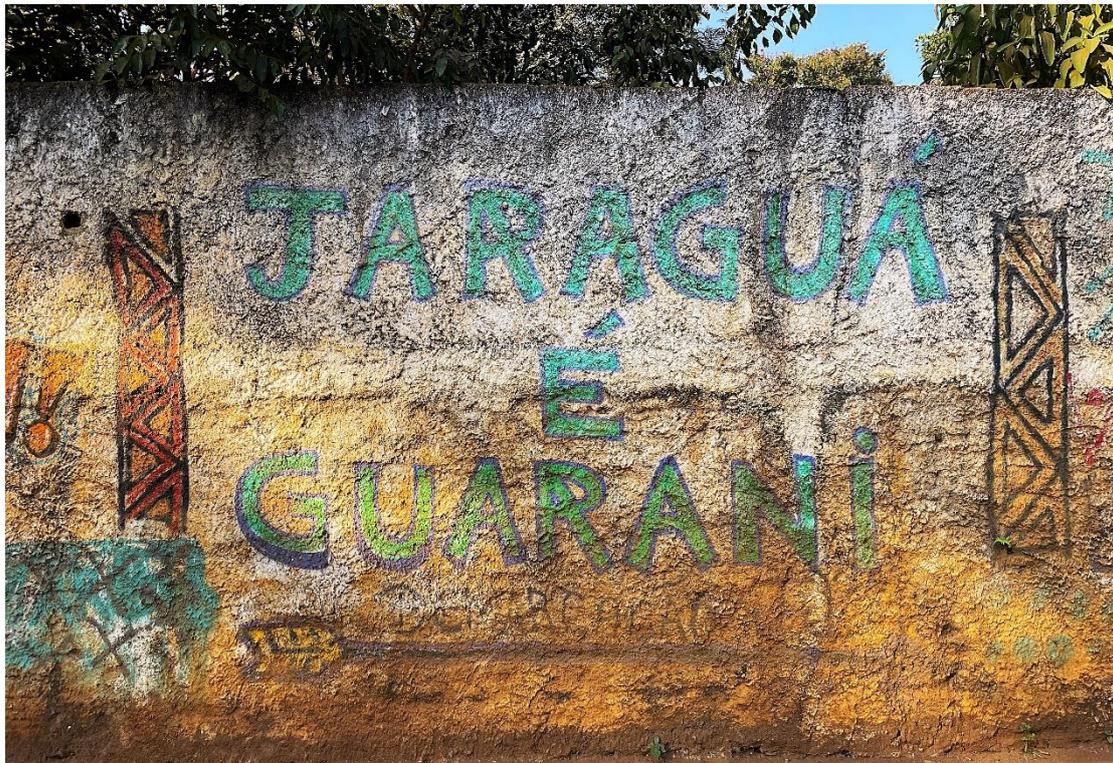


Foto: Tilia Götze, Juni 2024

²⁸ <https://www.socioambiental.org/noticias-socioambientais/apos-37-anos-guarani-celebram-demarcacao-da-terra-indigena-jaragua-sp>

²⁹ <https://www.parquedopovo.org/povo-guarani-celebra-acordo-historico-que-impulsiona-o-processo-demarcatorio-da-ti-jaragua-em-sao-paulo/>

3. Termine in Deutschland

- ❖ **Amazonas-Woche 2025 vom 02.-13. Juni in Berlin, Brüssel und Paris.**
Schwerpunkt: Strategische Bedeutung im Vorfeld der COP 30

Diese von der brasilianischen Diplomatie initiierte Veranstaltung hat sich als zentrale Plattform für den Dialog zwischen Europa und dem Amazonasraum etabliert. Im Mittelpunkt stehen grüne Finanzen, Bioökonomie und nachhaltige Entwicklungsmodelle. Darüber hinaus umfasst das Programm Diskussionen zu Wissenschaft, Technologie, Kunst, Kultur und öffentlichen Politiken, stets mit dem Fokus auf gemeinsamen Lösungen für die Amazonasregion.
Programm: www.amazonweek.eu/berlin

- ❖ **Webserie: EU & Mercosur – Liebe in Zeiten von Handelskrieg?**
Die neue Serie zur Primetime - ab dem 27. Mai immer dienstags, 20.15 exklusiv auf Zoom

2025 ist in jeglicher Hinsicht bereits ein wildes Jahr für den internationalen Handel. Und in diesen turbulenten Zeiten wollen zwei der größten Wirtschaftsblöcke weltweit in den "heiligen Stand der Ehe" eintreten: Die Europäische Union und der Mercosur (Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay). Doch der aufgesetzte Ehevertrag, auch als EU-Mercosur Handelsabkommen bekannt, löst nicht nur Jubelstürme aus. Seit Jahren äußern Kenner*innen dieser ungleichen Beziehung Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsbedenken. Landwirt*innen wollen die Hochzeit boykottieren. Gewerkschaftsbewegungen in der EU und Südamerika sprechen von einem "Todesurteil für gute Arbeitsplätze". Der europäische Verbraucher*innenschutzbund bemängelt unzureichende Standards. Es scheint, als würde diese Ehe vor allem aus geopolitischen Interessen und im Sinne großer Konzerne geschlossen. Die neue Bundesregierung hingegen gratuliert schon mal im Voraus und möchte ihre Unterschrift schnellstmöglich unter den Vertrag setzen. Aber was wird dort genau unterschrieben? Das wollen wir bei "EU & Mercosur - Liebe in Zeiten von Handelskrieg?" aufdecken.

Folgen und Infos: <https://power-shift.de/webserie-eu-mercotur/>

- ❖ **BRUMADINHO – Berichte eines fortwährenden Verbrechens**
Film- und Diskussionsveranstaltung am Mittwoch, den 04. Juni, 18 – 20 Uhr

Zakk Düsseldorf Fichtenstraße 40, 40233 Düsseldorf

Infos: <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/termine/brumadinho-berichte-eines-fortwaehrenden-verbrechens-1>

- ❖ **Brasilien – Facetten eines Landes 10.06. – 01.08.2025 im Bürgerhaus Au**
Fotoausstellung von Günther Schulz, Brasilieninitiative Freiburg e.V.

Vernissage am 13.06. um 19 Uhr

<https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/termine/brasilien-facetten-eines-landes>

4. Glossar

AGU: *Advocacia-Geral da União* – Generalbundesanwaltschaft

Aldeia: Indigene Siedlung oder Gemeinschaft, in der Angehörige eines bestimmten indigenen Volkes leben. Sie ist mehr als nur ein geografischer Ort – sie ist ein sozialer, kultureller und spiritueller Raum, in dem traditionelle Lebensweisen, Sprachen, Rituale, Wissen und gemeinschaftliche Strukturen gepflegt werden.

ANDES-SN: *Sindicato Nacional dos Docentes das Instituições de Ensino Superior* – Nationale Gewerkschaft der Lehrkräfte an Hochschulen (<https://andes.org.br/>)

ANMIGA: *Articulação Nacional das Mulheres Indígenas Guerreiras da Ancestralidade* – Nationale Vereinigung indigener Frauen (<https://anmiga.org/>)

APIB: *Articulação dos Povos Indígenas do Brasil* – Artikulation der indigenen Völker Brasiliens, Indigenen-Dachorganisation Brasiliens (<https://apiboficial.org/>)

ATL: *Acampamento Terra Livre* – Jährliches Protest- und Aktionscamp indigener Organisationen und Gemeinschaften, das in Brasília stattfindet

CGY: *Comissão Guarani Yvyrupa* – Guarani Yvyrupa Kommission; Indigene Organisation, die Kollektive der Guarani in den südlichen und südöstlichen Regionen Brasiliens im Kampf um Land zusammenbringt (<https://www.yvyrupa.org.br/>)

CIMI: *Conselho Indigenista Missionário* – Indigener Missionsrat (<https://cimi.org.br/>)

COIAB: *Coordenação das Organizações Indígenas da Amazônia Brasileira* – Koordination der indigenen Organisationen des brasilianischen Amazonasgebiets (<https://coiab.org.br/>)

COP 30: 30. UN-Klimakonferenz (*Conference of the Parties*), die 2025 in Belém, Brasilien stattfindet. Dort verhandeln Staaten über Maßnahmen zum Klimaschutz im Rahmen des Pariser Abkommens. Sie ist ein zentrales Treffen zur globalen Klimapolitik.

Embrapa: *Empresa Brasileira de Pesquisa Agropecuária* – Brasilianische Gesellschaft für landwirtschaftliche Forschung

FUNAI: *Fundação Nacional dos Povos Indígenas* – „Nationale Stiftung für indigene Völker“; Die offizielle indigene Einrichtung des brasilianischen Staates. Sie wurde durch das Gesetz 5.371 vom 5. Dezember 1967 geschaffen und ist mit dem Ministerium für indigene Völker verbunden.

GATC: *Global Alliance of Territorial Communities* – Globale Allianz der territorialen Gemeinschaften (<https://globalalliance.me/>)

ILO 169: Übereinkommen Nr. 169 über indigene und in Stämmen lebende Völker (1989) der Internationalen Arbeitsorganisation

MAM: *Movimento Pela Soberania Popular na Mineração* – Bewegung für Volkssouveränität im Bergbau (<https://www.mamnacional.org.br/>)

MPF: *Ministério Público Federal* – Staatsanwaltschaft

MPP: *Movimento de Pescadores e Pescadoras Artesanais do Brasil* – Bewegung der traditionellen Fischer und Fischerinnen Brasiliens

NDCs: *Nationally Determined Contributions* – National festgelegte Beiträge sind Klimaschutz-Ziele, die jedes Land im Rahmen des Pariser Abkommens selbst festlegt und regelmäßig aktualisiert.

SEDUC: *Secretaria de Estado da Educação* – Bildungsministerium in Pará

Somei: Modulares Bildungsorganisationssystem, das der Sekundarschulbildung der indigenen Völker dient

Sintepp: *Sindicato das Trabalhadoras e dos Trabalhadores em Educação Pública do Pará* – Gewerkschaft der Beschäftigten im öffentlichen Bildungswesen von Pará

SPI: *Serviço de Proteção ao Índio* – Dienst zum Schutz der Indios, FUNAI-Vorgängerorganisation

SPU: *Secretaria de Patrimônio da União* – Föderales Sekretariat für das Kulturerbe

SSP-DF: *Secretaria de Estado de Segurança Pública* – Staatssekretariat für öffentliche Sicherheit

STF: *Supremo Tribunal Federal* – Oberstes Bundesgericht

TRF: *Tribunais Regionais Federais* – Bundeslandesgerichte